Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen und die Geschäftsstelle entgegen. – Geschäftsstelle monatlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 115 · Sonnabend, den 17. Mai 1924 · 19. Jahrgang

Die Wahlen in Frankreich und der nationale Block der Mitte in Deutschland.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Für den deutschen Wähler es nicht ganz einfach, sich in den französischen Parteiverhältnissen zurecht zu finden. Die Parteizersplitterung ist an sich dort noch größer als bei uns. Kandidaturen persönlicher politischer Eitelkeit vom Typ Lersner-Maretzky kommen in Frankreich noch häufiger vor, und auch Kandidaturen mit politisch-pathologischem Einschlag wie die des Hitlerbundes sind in Frankreich keine fremden Erscheinungen, aber doch verliert die Parteizersplitterung in Frankreich dadurch sehr viel von ihrer verhängnisvollen Wirkung, daß die einzelnen Gruppen sich in den großen Fragen der Politik zu Blocks zusammenschließen, mit denen die Regierung als Gefolgschaft oder als Opposition ein für alle Mal rechnen kann. Außenseiter gibt es auf dem extremen rechten und linken Flügel natürlich auch in Frankreich. Die französische Deputiertenkammer hat rund 100 Sitze mehr als der deutsche Reichstag. Um äußerlich ein Bild von der durch die Wahlen in Frankreich vollzogenen politischen Wandlung zu gewinnen, genügt ein Blick auf die ziffernmäßige Gruppierung innerhalb des alten und des neuen Parlaments. Träger der Politik Poincares war der bloc national, der fast 400 Abgeordnete zu seiner Gefolgschaft zählte. Er kehrt in das neue Parlament nur mit 246 Sitzen zurück. Demgegenüber tritt die bisherige Minderheit als Block der Linken mit 280 Sitzen auf den parlamentarischen Kampfplatz. Daneben sind auf der äußersten Rechten die Monarchisten mit einem auf 20 Sitze zusammengeschrumpften Bestand, und auf der äußersten Linken die Kommunisten mit nur 25 Sitzen zu verzeichnen. Der Wandel in den bisherigen Mehrheitsverhältnissen erhält dadurch ein ganz besonderes Gepräge, daß beinahe die Hälfte der Abgeordneten, 250, neue Männer sind, und daß allein aus der alten Regierungsmehrheit 177 bisherige Abgeordnete durch die Wahlen hinweggefegt wurden.

Das Ergebnis der Wahlen in Frankreich im Vergleich zu denen in Deutschland läßt sich mit einem einzigen Satz erschöpfend kennzeichnen: die französischen Wahlen sind ein Sieg der Vernunft und des nüchternen Verstandes über die Stimmungen der politischen Leidenschaft; in Deutschland waren die Wahlen ein Sieg der Stimmungen über den Verstand. Der psychologische Grund zu der Wandlung wird in der deutschen Presse noch vielfach verkannt. Abgesehen von Paris ist das französische Volk in der Hauptsache mittelständisch orientiert. Der Mittelstand in Handel und Gewerbe, im Beamtentum vor allem aber in der Bauernschaft sehnte man sich nach Ruhe, nach einer sicheren, wenn auch bescheidenen Rente und nach Anerkennung Frankreichs in der Welt als Land der Freiheit und des Fortschrittes. Alles das brachte die Politik Poincares nicht; sie hielt das Land absichtlich dauernd in Unruhe und spielte mit dem Gedanken eines neuen Krieges, sie brachte Frankreich in eine täglich deutlicher werdende Isolierung, und sie brachte trotz des Ruhrunternehmens nicht die ersehnten Reichtümer von Deutschland, nicht die Erfüllung des Schlagwortes: Der Boche bezahlt alles. Das Erkennen dieser Motive gibt den richtigen Maßstab für die Beurteilung der künftigen Politik Frankreichs.

Wer die kommenden Männer sein werden, steht noch dahin, es ist letzten Endes auch gleichgültig, ob Herriot oder Briand oder ein anderer, der kommende Mann sein wird eins bleibt sicher: am Seinestrand werden nicht nur die Musikanten wechseln, sondern es wird auch der Ton der Musik ein anderer werden. Die Wahlen in Frankreich haben in der Beseitigung des Poincarismus gleichzeitig das größte Hindernis beseitigt das eine erträgliche Lösung der Reparationen noch entgegenstand. Gewiß ist auch ein Briand Vertrauensmann des Comitee des Forges, und auch ein Herriot hat oft harte Worte gegen Deutschland gesprochen, aber die Zielrichtung der zur Mehrheit gelangten politischen Strömungen ist nicht mehr wie bisher politische Vernichtung sondern wirtschaftlicher Vorteil und politische Ruhe. Eine extrem nationalistische deutsche Außenpolitik, die den an der Seine jetzt im Decrescendo begriffenen Tone im deutschen Reichstag anklingen lassen würde, müßte auch in Frankreich sehr bald wieder den Resonanzboden für die alte Tonart schaffen.

Das Ergebnis der französischen Wahlen ist der dritte große Beweis für die Richtigkeit der von den demokratischen Strömungen in Deutschland getragenen bisherigen Außenpolitik. Das erste Ziel dieser Politik lag in der Erbringung des Beweises der Unerfüllbarkeit der uns in Versailles und im Londoner Ultimatum auferlegten Lasten. Die Sachverständigengutachten sind die Anerkenntnis der Welt, daß die bisherigen Reparationen nach Art und Umfang unerfüllbar sind. Das zweite Ziel war, Raum zu gewinnen für andere weltpolitische Entwicklungsmöglichkeiten, als sie zur Zeit von Versailles und London gegeben waren. Die gegenwärtige politische Konstellation Europas zeigt, daß diese Kalkulation richtig war. Nun kommt jetzt als dritter großer Erfolg dazu, daß sich die Sinnlosigkeit des französischen Chauvinismus nicht nur am Leibe der interalliierten Völker sondern am eigenen Leibe Frankreichs fühlbar macht. Frankreich hat zweifellos mit seiner in den Kammerwahlen zum Ausdruck kommenden politischen Wandlung starke moralische Eroberungen dort gemacht, wo man vom französischen Imperialismus abzurücken entschlossen war; es wäre ein grauenhaftes Verhängnis für uns, wenn gerade jetzt eine deutsche Politik der hohlen nationalistischen Phrase und Geste eine Ausnutzung der veränderten politischen Konjunktur unmöglich machen sollte.

Für die Reichsregierung liegt das Gebot der Stunde klar zu Tage. Wenn je so muß sie jetzt den Mut zur Verantwortung haben. Ihre Außenpolitik hat sich als richtig erwiesen. Die Parteien der Mitte sind die Träger dieser Politik. Die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer parlamentarisch und politisch aktionsfähigen Gemeinschaft gewinnt unter diesen Umständen schicksalshafte Bedeutung. In Frankreich trat der bloc national als Träger der brutalen Gewaltpolitik ab, in Deutschland ist der Zeitpunkt gekommen, wo der nationale Block der Mitte — so soll man ihn nennen — die Führung zu übernehmen hat zur befreienden Tat der Verständigung. Wenn die Fraktion der Deutschen Volkspartei jetzt von dem Gedanken eines solchen Blocks der Mitte abrückt, so verleugnet sie nicht nur die frühere volksparteiliche Reichstagsfraktion, ihren Führer, ihre Minister und ihre Landtagsfraktionen in den größeren Einzelstaaten, sondern sie verkennt auch vollkommen die innere Stärke der Außenpolitik der Mittelparteien. Nicht ein einziges Moment spricht dafür, daß die Mittelparteien in der Außenpolitik eine Schwenkung nach rechts vollziehen mußten, sehr viele, offen zu Tage liegende Momente zeigen, daß eine aus dem Phrasendunst des Wahlkampfes in die harte, klare Atmosphäre der außenpolitischen Notwendigkeiten und Nützlichkeiten übertretende deutschnationale Volkspartei allen Anlaß hat, sich ihrerseits dem Kurs der Mittelparteien zu nähern und einem nationalen Block der Mitte sich anzuschließen.

Trotzdem und gerade weil die Wahlen in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich die Rückkehr zum politischen Verstande nicht gezeigt haben, ist es für die Parteien, die bisher mit dem Mut zur Unpopularität die einzig mögliche und erfolgreiche Politik getrieben haben, ein unabweisbares Gebot, sich durch die Tat zur Wahrheit zu bekennen, die in den Worten Moltkes liegt: „Unsere Aufgabe ist, den politischen Verstand immer besonnener und gründlicher auszubilden, das heißt alle Fragen des Tages aus den höheren nationalen Gesichtspunkten anzusehen und über innere Zwistigkeiten nie die auswärtige Politik zu vergessen!“.

Stresemann über den deutsch-russischen Zwischenfall

Der Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann gewährte dem Vertreter des „Westen“ eine längere Unterredung über verschiedene schwebende Fragen, in der er zunächst der Meinung Ausdruck gab, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen der Außenpolitik das Primat bei der Beurteilung der politischen Gesamtlage Deutschlands und auch für die Neubildung der Regierung gebühre. Dr. Stresemann lenkte sodann das Gespräch auf die äußere Politik und machte zunächst über den

deutsch-russischen Zwischenfall

einige Bemerkungen. Er erklärte: „Der deutsch-russische Zwischenfall anläßlich der Durchsuchung der Räume der Handelsvertretung hat zu einer bedauerlichen Spannung zwischen beiden Regierungen geführt. Wir haben von vornherein ohne Nervosität und in voller Aufrichtigkeit unser Bestreben darauf gerichtet, die Angelegenheit in einer die russischen Empfindungen, aber auch unsere eigenen berechtigten Interessen befriedigenden Weise beizulegen. Allerdings konnte niemand von uns verlangen, aus den von der Gegenseite in nicht immer maßvoller Form vorgebrachten Beschuldigungen Konsequenzen zu ziehen, ohne die Ergebnisse der Feststellungen unserer eigenen Behörden abzuwarten. Nach den bisherigen Ermittlungen ist das eine als festgestellt anzusehen, daß die Rechte einzelner russischer exterritorialen Mitglieder der Handelsvertretung tatsächlich verletzt worden sind. Die deutsche Regierung hat nicht gezögert, der russischen Regierung insoweit schon jetzt ihr Bedauern auszusprechen. Sie nimmt an, daß von der Gegenseite ein gleiches Verfahren geübt werden wird, soweit russische Verfehlungen vorgekommen sind. Dabei ist davon auszugehen, daß das Gebäude der Handelsvertretung als solches nicht exterritorial ist. Mit Unrecht sind von der russischen Regierung für ihre Handelsvertretung die gleichen Vorrechte wie für ihre diplomatischen Missionen in Anspruch genommen worden. Es muß grundsätzlich berücksichtigt werden, daß man einem fremden Staate, der, wie Rußland es tut, in seiner Eigenschaft als wirtschaftlicher Unternehmer im Ausland auftritt, insoweit nicht die gleiche Stellung einräumen kann, wie in seiner Eigenschaft als Träger staatlicher Hoheitsrechte. Darüber enthalten auch die deutsch-russischen Verträge keine grundsätzlich abweichenden Bestimmungen. Ich hoffe, daß wir den Zwischenfall in der für beide Staaten wünschenswerten Weise beilegen werden. Wir werden dabei bemüht bleiben, den sachlichen Ton beizubehalten und uns durch manche bedauerlichen Ausfälle von russischer Seite darin nicht beirren lassen.“

Das Gespräch wandte sich dann dem Ergebnis der

französischen Wahlen

zu. Dr. Stresemann äußerte sich dazu folgendermaßen: Im großen und ganzen wird der Ruck nach links aus innerpolitischen wie aus außenpolitischen Erwägungen erfolgt sein. Freilich hatte gerade der französische Ministerpräsident vor den Wahlen wiederholt das unbedingte Primat der auswärtigen Politik betont. Ein Minister seines Kabinetts hatte noch wenige Tage vor der Wahl erklärt, der Wahlkampf gehe um Poincares Außenpolitik. Diese These hat jedenfalls die Mehrheit der Wähler nicht abgehalten, für den Block der Linken zu stimmen. Prophezeiungen für die Zukunft kann ich nicht machen. Wir müssen uns aber jedenfalls vor Augen halten, daß sich alle französischen Parteien darin einig sind, von Deutschland ein Höchstmaß von Reparationen zu verlangen. Dr. Stresemann betonte zum Schluß, jedenfalls werde für die großen Fragen, die in den nächsten Tagen zu lösen seien, nur dann die hierfür notwendige Denkart vorhanden sein, wenn die französische Regierung, möge sie nun wieder die bisherige oder möge es eine andere sein, von ihrer bisherigen inneren Einstellung gegenüber Deutschland abgehe und sich darüber klar werde, daß gute Beziehungen zwischen beiden Völkern von der Beachtung der Gebote der Menschlichkeit abhängig seien: er denke dabei in erster Linie an die Ausgewiesenen und die Gefangenen von Rhein und Ruhr.

Mitglieder der russischen Handelsvertretung beherbergen deutsche Gefangene.

Der Kommunist Bozenhardt verhaftet.

Der berüchtigte Kommunist Bozenhardt, der, wie damals berichtet, auf dem Transport von Stuttgart nach Stargard in Pommern, in der Lindenstraße in Berlin seinen Begleitern, zwei württembergischen Polizisten entwich, und Zuflucht in dem Gebäude der russischen Handelsvertretung suchte und fand, konnte am Freitag von Beamten der politischen Polizei in einem Hause in der Gleditschstraße in Berlin, wo er bei einem Mitglied der russischen Handelsdelegation in Berlin Unterschlupf gefunden hatte, ermittelt und verhaftet werden. Die Beamten hatten das Haus unauffällig umstellt, so daß ein Entkommen irgendeines im Hause Befindlichen ausgeschlossen war. Mehrere Polizisten drangen in die Wohnung ein, in der Bozenhardt auch angetroffen wurde. Ehe er an eine Gegenwehr denken konnte, waren ihm Fesseln angelegt. Bei der Vernehmung verweigerte er auf die Mehrzahl der Fragen die Auskunft. Inzwischen sind, wie aus Rostock gemeldet wird, in Parchim auch Bozenhardts Freundinnen, das Dienstmädchen Martha Wahls und die Verkäuferin Grete Schulz verhaftet worden. Sie wurden vom Untersuchungsrichter in Stargard gesucht und zwar wegen politischer Umtriebe. Zuerst sind sie für und mit Bozenhardt für politische Zwecke tätig gewesen und werden jetzt mit der Tscheka in Mecklenburg in Verbindung gebracht. Beide Personen sind nach Pommern abtransportiert worden.

Es war nicht leicht, restlos den Maßnahmen der deutschen Regierung in dem Zwischenfall Moskau—Berlin beizutreten, trotzdem mußte jeden das Auftreten Rußlands in Erstaunen setzen. Unerhört anmaßend im Ton und frech in den Behauptungen ging es mit dem Deutschen Reiche um wie scheinbar es die Sowjetregierung im eigenen Lande mit jedem Staatsbürger, der nicht auf den Sowjetstern eingeschworen ist, tut. Und nun stellt sich heraus, daß ein Mitglied der „neutralen“ Handelsvertretung Bozenhardt beherbergt hat. Man darf gespannt sein, was man Moskau sagt.